



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Stellungnahme: 1000-Kühe-Stall in Hahnennest ist Symptom einer verfehlten Milchpolitik

Leutkirch/Brüssel, 2. September 2015

von Maria Heubuch, Milchbäuerin und grüne Abgeordnete im Europäischen Parlament

In der baden-württembergischen Gemeinde Ostrach, Ortsteil Hahnennest soll, wenn es nach den Plänen von vier Landwirtschaftsfamilien geht, demnächst ein Megastall entstehen, der Platz für tausend Milchkühe bietet. Eine lokale Bürgerinitiative hat Unterschriften gegen diese agrarindustriellen Pläne gesammelt. Ein ähnliches Projekt für 1500 Milchkühe ist in Ellwangen geplant, auch dort regt sich Widerstand. Die vorliegende Stellungnahme bezieht sich auf das Projekt in Hahnennest, die allgemeine Argumentation ist aber auch auf das Ellwangener Projekt und andere Mega-Kuhställe übertragbar.



Zusammenfassung

Mit dem Bau von Megaställen verändern wir die Struktur unserer Landwirtschaft tiefgreifend und verbauen uns so die Zukunft. Durch den Futterbedarf solcher überdimensionierten Projekte entsteht ein enormer Druck auf das verfügbare Land und die Pachtpreise. Für kleinere Betriebe wird es immer schwieriger, neben solchen Riesen zu bestehen.

Der 1000-Kühe-Stall in Hahnennest ist ein Symptom einer verfehlten Milchpolitik. Angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und den erwarteten niedrigen Milchpreisen treten einige Landwirte die Flucht nach vorne an, um ihr Einkommen zu halten. Gülle und Dung der Tiere sollen in einer bestehenden Biogasanlage verwertet werden. So könnten nicht kostendeckende Milchpreise durch diesen Betriebszweig ausgeglichen werden. Der Milchüberschuss, der sich durch dieses und zahlreiche ähnliche Projekte in ganz Deutschland auf türmt, wird die Erzeugerpreise noch weiter unter Druck setzen und viele Höfe zum Aufgeben zwingen.

Die Zukunft liegt in einer bäuerlichen Landwirtschaft mit regional angepassten Strukturen, die lokal vorhandenes Futter und Weiden nützt, qualitativ hochwertige Produkte herstellt und den Bäuerinnen und Bauern ein faires Einkommen bietet.

Handelt es sich bei Projekten dieser Größenordnung noch um „bäuerliche Landwirtschaft“?

Fakt ist, dass es sich um einen Stall mit tausend Kühen handelt – mal ganz abgesehen von der Frage, ob der Stall von mehreren Bauernfamilien betrieben werden soll oder von außerlandwirtschaftlichen Investoren, wirft das Projekt allein schon aufgrund seiner

Größenordnung weitreichende Fragen auf. Die Argumentation, weil das Projekt von Bauernfamilien betrieben wird, sei es automatisch bäuerlich und daher vertretbar, kennen wir vom Deutschen Bauernverband. Doch aus meiner Sicht bedeutet „bäuerlich“ mehr. Bäuerliche Landwirtschaft ist für mich ein qualitativer Begriff. Er beschreibt die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird. Der qualitative Gegenpol oder Gegen-Begriff ist die „industrielle Landwirtschaft“. Zur Bäuerlichkeit zählt das Denken in Generationen: Wie können wir heute mit unserem Land und unseren Ressourcen so wirtschaften, dass es auch für zukünftige Generationen möglich bleibt, ihr Auskommen zu finden? Ein Schlüssel liegt dabei in der Anpassung unserer Höfe an die naturräumlichen Voraussetzungen. Auf einem Stück Land sollten nur so viele Tiere gehalten werden, wie das Land auch ernähren kann, ohne Futter von weither herankarren zu müssen, auch um Nährstoffüberschüsse von vorneherein zu vermeiden. Vielfalt der Landschaft, Vielfalt von Höfen und solidarisches Handeln unter Bäuerinnen und Bauern weltweit zählen ebenso dazu.

Ist der geplante Stall tiergerecht?

Es ist möglich, dass gut geführte größere Tierbestände mit intensiver Tierbetreuung durchaus vorbildliche Tierschutz- und Tiergesundheitsstandards haben KÖNNEN. Dasselbe gilt jedoch auch für kleinere Tierbestände. Bei großen Tierzahlen geht die Beziehung zum einzelnen Tier verloren und der Überblick über die Tiergesundheit nimmt tendenziell ab; der Weg zum Schlachthof wird schneller angetreten. Das sind industrielle Methoden.

Die geplante leistungsbezogene Gruppenhaltung bedeutet, dass sich die Zusammenstellung der Herden ständig verändert, da sich die Milchleistung während der Laktation verändert und die Tiere jedes Mal in eine andere Leistungsgruppe kommen. Diese ständigen Veränderungen haben zur Folge, dass die Rangordnung innerhalb der Gruppen laufend neu ausgefochten werden muss. Das bedeutet Stress für die Tiere.

Auch stellt sich die Frage nach dem Schicksal der männlichen Kälber, deren Mast bei leistungsbetonten Milchviehrassen immer unrentabler wird und zu einer ähnlichen Problemlage wie bei Legehennen führt.

Führt der geplante Stall zu einem erhöhten Flächen- und Futterbedarf?

Von mehreren Bauernfamilien aus der Region ist mir bekannt, dass die vier Betreiberfamilien stark daran interessiert sind, zusätzliche Flächen zu pachten.

Die Auswirkungen des Projekts auf andere Bauernfamilien der Region sind kritisch zu hinterfragen, da das Risiko besteht, dass andere Milchviehbetriebe verdrängt werden, etwa durch hohe Pachtpreise und niedrige Milchpreise. Eine ausgelagerte Jungviehaufzucht auf Kollegen, die vorher die Milchproduktion aufgeben mussten, würde ich eher als Hohn denn als Chance betrachten und ist an und für sich kein Argument für den Stallbau. Durch die Auslagerung der Jungviehaufzucht steigt der Druck aufs Land noch weiter, da auch eine ausgelagerte Jungviehaufzucht zusätzliche Flächen benötigt.

Da von der vorhandenen Fläche auch ein Biogasanlage mit weit über 1 Megawatt „gefüttert“ werden muss, und ich davon ausgehe, dass hier keine Einbußen stattfinden sollen, muss die Energie, die die Kühe für Milch und Fleisch benötigen, zusätzlich dem Betrieb zugeführt werden. Denn nicht die gesamte Energie, die durch den Kuhmagen geht, landet am Ende in der Biogasanlage! Ein Teil verlässt den Betrieb in Form von Milch oder Fleisch.

Die Energie, die in der Gülle enthalten ist, entsteht nicht aus dem Nichts – zuerst müssen die Kühe gefüttert werden. Angesichts der knappen vorhandenen Grünlandfläche ist davon auszugehen, dass das Futter zu großen Teilen aus Maissilage bestehen wird. Der Mais wandert dann eben nicht direkt in die Biogasanlage, sondern nimmt den Umweg über den Kuhmagen – am ausufernden Maisanbau und damit einhergehend Pestizideinsatz und Bodenverarmung ändert dies aber nichts.

Abgesehen davon ist die geplante Grundfutterbasis besorgniserregend, weil sehr niedrig. Mindestens 500 Hektar Grünland wären notwendig, um 1000 Kühe gesund und artgerecht mit faserreichem Grundfutter zu versorgen. Die 220 Hektar Grünland, die meines Wissens zur Verfügung stehen, sind hingegen erschreckend wenig. Kühe sind Wiederkäuer und dadurch in der Lage, sich von Pflanzen auf Wiesen und Weiden zu ernähren, die für andere Lebewesen unverdaulich sind. Kühe mit hohen Anteilen von Maissilage und Getreide zu füttern bedeutet, sie zu Nahrungs- und Flächenkonkurrenten des Menschen zu machen.

Im Sinne der Kreislaufwirtschaft wäre es das Beste, Nährstoffüberschüsse erst gar nicht entstehen zu lassen. Dies bedeutet, die Tierhaltung nicht übermäßig lokal zu konzentrieren, wie es durch einen 1000-Kühe-Stall zweifellos der Fall ist. Sollten auch noch Schweine auf dem Betrieb gehalten werden, müssen auch diese einberechnet werden. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der zur Verfügung stehenden Fläche und der Tierzahl zu schaffen ist auch das Ziel der Landesregierung, indem sie nur noch Ställe mit weniger als 300 Kuhplätzen fördert. Dass das Land keine Steuergelder für dieses Projekt zur Verfügung stellt, ist ein Indikator dafür, dass sich das Projekt außerhalb dessen bewegt, was den SteuerzahlerInnen vermittelbar ist. Große Entfernungen zur Futterfläche führen erfahrungsgemäß nicht dazu, dass anfallende Gülle auch flächendeckend ausgebracht wird.

Ein derartiges Projekt verstößt gegen das Ziel, der flächenlosen Tierhaltung Einhalt zu gebieten. Darüber hinaus werden so in bäuerlicher Hand Strukturen geschaffen, die dann im Krisenfall (finanzieller oder zwischenmenschlicher Natur) ganz schnell und einfach von Investoren übernommen werden können – Stichwort Landgrabbing.

Es fehlt eine Sensibilität für Anliegen anderer bäuerlicher Betriebe in der Region, die die Auswirkungen des Projekts durch höhere Pachtpreise direkt zu spüren bekommen. Das Thema Immissionen und Immissionsrechte für andere Betriebe, die vielleicht auch erweitern wollen, wird unter den Teppich gekehrt.

Wachsen oder Weichen?

Von einem „Ausbau der Grünlandwirtschaft“ und einer „Diversifizierung der Betriebe“ kann beim vorliegenden Projekt jedenfalls keine Rede sein. Bei einer Bürgerversammlung haben die Betreiber die geplante Futtermischung wie folgt dargestellt:

- 30 kg Maissilage
- 20 kg Grassilage
- 4-5 kg Getreide
- 1/2 kg Soja

Ein Anteil von 20 kg Grassilage an einer Futtermischung von 55 kg bedeutet, dass der Großteil des Futters vom Acker und nicht vom Grünland kommen soll. Es handelt sich also nicht um einen Ausbau der Grünlandwirtschaft.

Ein derartiges Projekt dient eher der Konzentration eines bestehenden Betriebszweiges. Wenn davon gesprochen wird, dass sich hierfür neue Chancen für die Betriebe bieten, so stellt sich die Frage nach Gewinnern und Verlierern. Angesichts des Endes der Milchquotenregelung und den niedrigen Milchpreisen treten die Betreiberfamilien die Flucht nach vorne an, um ihr Einkommen zu halten. Gülle und Dung der Tiere sollen in der Biogasanlage verwertet werden, um nicht kostendeckende Milchpreise durch diesen Betriebszweig auszugleichen. Der Milchüberschuss, der sich durch dieses und zahlreiche ähnliche Projekte in ganz Deutschland aufhäuft, wird die Erzeugerpreise noch weiter unter Druck setzen und viele Höfe zum Aufgeben zwingen. Für kleinere Betriebe wird es immer schwieriger, neben solchen Riesen zu bestehen. Was wir hier beobachten, ist das klassische Muster des „Wachsens oder Weichens“, das seit Jahrzehnten von der Agrarpolitik scheinbar alternativlos vorangetrieben wird. Die Flucht nach vorne in immer größere Strukturen führt dazu, dass sich Betriebe hoch verschulden und dann um jeden Preis produzieren müssen, um ihre Raten zu bezahlen. Es führt zu Mehrproduktion, wie wir aktuell in Europa sehr deutlich sehen können, und die Milchpreise fallen immer tiefer in den Keller. Ob den Bauernfamilien wirklich mehr Freiraum entsteht, wenn sie sich Hals über Kopf verschulden, ist zu bezweifeln.

Unsere Aufgabe als Grüne ist es, dieses Schema zu durchbrechen und Raum zu schaffen für eine bäuerliche Landwirtschaft mit regional angepassten Strukturen, die lokal vorhandenes Futter und Weiden nützt, qualitativ hochwertige Produkte herstellt und den Bäuerinnen und Bauern ein faires Einkommen bietet.

Exportmärkte sind unsichere Märkte, wie wir schon lange wissen und aktuell durch das russische Einfuhrempargo für europäische Landwirtschaftsprodukte, aber auch die schwächelnde chinesische Nachfrage wieder bewiesen wird. Demgegenüber ist der Markt für Milchprodukte in der EU sehr stabil und es wäre daher vernünftig, die europäische Produktion an die europäische Nachfrage anzupassen. Dies wäre auch aus entwicklungspolitischer Perspektive dringend angeraten, um Entwicklungsländern die Chance zu geben, eigene Milchsektoren aufzubauen und ihre Bevölkerung mit lokal produzierten Qualitätsprodukten zu versorgen anstatt mit europäischem Milchpulver.

Fazit

Wir müssen uns fragen, in welche Richtung wir unsere Landwirtschaft steuern, wenn wir versuchen immer günstiger und rationeller zu produzieren und uns dabei immer abhängiger von globalen Märkten machen. Eine wirklich zukunftsfähige Perspektive bietet allein eine auf Dauergrünland basierende Milchproduktion mit Schwerpunkt Weidehaltung, flankiert von einer Landwirtschaftspolitik, die auf Qualität und Regionalität setzt. Eine Landwirtschaft, die sich auf die Zukunft vorbereitet, darf auch die gesellschaftliche Akzeptanz nicht ausblenden.